

Live und in Farbe

- Bericht von der Ratssitzung im Januar -

Die erste Ratssitzung des neuen Jahres war gleichzeitig die erste Ratssitzung überhaupt, die **live im Internet** übertragen wurde. Dieses ist ein großer Erfolg für unseren Ortsverein, denn die Idee dafür kam aus unserer Mitte, die wir trotz der allseitigen anfänglichen Skepsis in Politik und Verwaltung erfolgreich durchsetzen konnten. Ihr könnt Euch die Aufzeichnung der Ratssitzung, wie auch die nächste im März, unter www.essen.de/de/Rathaus/Rat/ratssitzungen_live.html ansehen.

Transparenz war gegeben, jedoch wurde dadurch natürlich auch keine Debatte im Rat dadurch besser oder schlechter. So wurde beispielsweise ein Ratsvertreter der Grünen bei der Debatte zum Bilanzbericht 2012 zum "**Integrierten Energie- und Klimakonzept**" dazu verleitet, eine gefühlte halbe Stunde aber ganz global am Thema in die Kamera vorbeizureden, während unsere neue Ratsvertreterin Julia Kahle-Hausmann aus Frillendorf die Problemlage bei der Energiewende in drei Minuten auf den Punkt brachte und der Verwaltung mit auf den Weg mitgab, auch den Essener Mittelstand einzubeziehen und zu vernetzen.

Wie immer nahmen auch die **Finanzen** im Rat einen größeren Raum ein. Wir haben mittlerweile in Essen den ersten genehmigten Haushalt seit über 10 Jahren. Die damit verbundene Verfügung der Regierungspräsidentin aus Düsseldorf enthält aber auch viele Auflagen, die uns auf Kurs halten sollen. Dabei wiegt eine Auflage aus Sicht der SPD-Ratsfraktion im schon bereits jetzt maroden Sporthaushalt besonders schwer, denn wieder einmal haben sich die Beschlüsse des Viererbündnisses zum Haushalt als Luftnummern erwiesen. Sie hatten im November 2012 trotz unserer eindringlichen Warnungen noch beschlossen, Erlöse aus Grundstücksverkäufen dem Sporthaushalt zuzuführen. Dieses ist der Stadt nun untersagt worden. Die Lücke im Sporthaushalt beträgt nun schon fast 3 Millionen Euro im Jahr.

Bei einer anderen Frage hat sich unsere jahrelange Beharrlichkeit ausgezahlt. Durch die Genehmigung des Haushaltes konnte der Rat zum ersten Mal seit 10 Jahren auch seine Haushaltssatzung ändern und die Höhe der Kredite in **Schweizer Franken** endlich festschreiben, um weitere Kredite zu verhindern. Das machen wir aus gutem Grund, denn vor 10 Jahren betrug der Wert der Kredite 300 Millionen Euro, heute sind es ca. 370 Millionen Euro. Noch ist es „nur“ ein Buchverlust, doch es zeigt, wie risikoreich solche Fremdwährungskredite sind. Zur Erinnerung: Vor einem Jahr wollte der Kämmerer die Kredite in Schweizer Franken noch ausweiten. Auch gerade auf unserem Druck hin, arbeitet die Verwaltung nun an einem Ausstieg ohne Verluste hin.

Auch die breite Finanzpolitik wurde debattiert. Mit den Stimmen der SPD, der Linken und der Grünen wurde beschlossen, dass Essen als sechste Stadt im Ruhrgebiet der Kampagne „**Vermögenssteuer jetzt**“ beitrifft. Dieses Thema betrifft uns in Essen weitaus stärker als viele wissen, denn die Einnahmen von Vermögenssteuern kommen allein den Bundesländern zu. Für NRW würde die

Wiedereinführung 2 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten – genau die Summe die dem Land und den Kommunen pro Jahr zurzeit fehlen. Geld das uns zum Ausbau der Kindergärten und der Sanierung unserer Straßen und Schulen fehlt. Übrigens: Wer die Kampagne unterstützen möchte, erhält mehr Informationen unter www.vermoeigensteuerjetzt.de oder bei der Parteigeschäftsstelle.

Die Übertragung im Internet ermöglicht es für viele Interessierte endlich auch, die wichtigen Debatten zur **Bildung** zu verfolgen, die leider im Essener Rat traditionell wegen der starren Reihenfolge nach Geschäftsbereichnummern auf dem hinteren Teil der Tagesordnung zu finden sind. Anlass war die von der Verwaltung seit über einem Jahr verschleppte Elternbefragung zur Zukunft der weiterführenden Schulen, wie auch das weiterhin schmerzlich fehlende Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung der Essener Schullandschaft. Schuldezernent Peter Renzel wurde hier wieder einmal bei einer Falschaussage erwischt – dieses Mal sogar live vor aller Öffentlichkeit durch unsere Schulausschussvorsitzende Janine Laupenmühlen. Der Rat hatte dieses alles beschlossen, jedoch verweigert er hier fortgesetzt eigenmächtig die Umsetzung. Wir werden hier weiterhin Druck ausüben, denn wir haben 2009 bei den falschen Zahlen zum Jugendhaushalt, 2010 bei den falschen Zahlen zu den Kindergartenplätzen, 2011 bei den falschen Zahlen zur Pflege und 2012 bei den falschen Zahlen zum Jobcenter gelernt, dass hier nur beständiger Druck hilft. Mittlerweile muss man sich deutlich fragen, ob der Mann nicht schlicht mit seinen Aufgaben überfordert ist.

Zum Abschluss eine gute Nachricht für unsere Stadt. Der Rat beschloss auf der Sitzung zudem, dass Essen sich um das Landesprogramm „**Europaaktive Kommune**“ bewirbt. Dieses ist Teil eines langen Weges, um Essen – gerade auch in Hinblick auf die kommende Förderperiode 2014-2020 – weiter fit für Europa zu machen. Der nächste Baustein ist der aktuell bekannt gewordene Beschluss der EU-Kommission, dass Essen ein „**Europe Direct Centre**“ bekommt. Dieses wird in Zukunft eine direkte Schnittstelle für uns in Essen mit der Europäischen Union. Übrigens hätte Essen schon 2009 im Zuge der Kulturhauptstadt eines bekommen sollen. Doch nach der unerklärlichen Ablehnung durch den alten Oberbürgermeister Reiniger - es hätte Essen keinen Cent gekostet - ist es damals mit den dafür von Europa bezahlten Stellen nach Duisburg gegangen. Wir haben gemeinsam mit unserem Euroabgeordneten Jens Geier in Brüssel drei Jahre darum gekämpft diese sehr falsche Entscheidung zu korrigieren und es ist uns gelungen.

Zu guter Letzt: Eine Namensumbenennung im Januar war in Essen ganz unstrittig. Einstimmig wurde der Bezirk VI in Bezirk **Zollverein** umbenannt. Dieses Ereignis brachte den CDU-Ratsherrn so sehr in Verückung, dass er in seiner langjährigen zum ersten Mal nicht nur eine Rede hielt, sondern auch in die Kamera winkte. Im Anschluss bedankte er sich dafür, dass der Bezirk sich nach seinem CDU-Ortsverband benannt hat. Fremdschämende Stille lässt sich leider noch nicht übertragen.

P.S. Die wichtigen Tagesordnungspunkte zur **Messe** wurden in den März geschoben. Hier sind noch einige Fragen zu klären, auch insbesondere die Frage, ob die derzeitige Geschäftsführung überhaupt dieser Aufgabe gewachsen ist.